

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 100 Mt. ; Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discontogef., Zweigst. Wildb., Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum Mt. 130.—, auswärts Mt. 150.—. Reklamazeile 350 Mt. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auslieferung werden jeweils 75 Mt. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Graf in Wildbad.

Nummer 104

Februar 179

Wildbad, Samstag, den 5. Mai 1923

Februar 179

58. Jahrgang

Politische Wochenschau

Selten wird es vorgekommen sein, daß die Regierung eines Landes, dem so unsägliches Unrecht, so brutale Gewalt zugefügt worden ist, wie in viereinhalb Jahren und besonders in den letzten Monaten dem Deutschen Reich, ohne Anzeichen der Empörung von sich aus den ersten Schritt tut, damit erträglichere Zustände herbeigeführt werden können. Die Regierung Cuno hat, veranlaßt durch die bekannte Rede des Lord Curzon im englischen Oberhaus und — was nicht verschwiegen werden darf — unter einem gewissen innerpolitischen Druck — den Schritt gewagt. In der Nacht zum 2. Mai ging an die Regierungen in Washington, London, Paris, Brüssel, Rom und Tokio eine deutsche Note mit einer neuen Bereitwilligkeitserklärung hinaus, mit Gold und Sachgütern bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit zu bezahlen. Eine Abschrift der Note wird überdies an die kleineren Staaten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben, ferner an die hauptsächlich in Betracht kommenden neutralen Staaten und an den Papst gefandt.

Der neue Schritt wurde im Einverständnis mit den Regierungen der deutschen Bundesstaaten und der Mehrheit der Reichstagsparteien unternommen und er ist geeignet, nicht nur vor aller Welt den schlüssigsten Beweis für die Mäßigkeit, den guten Willen und die Aufrichtigkeit der Reichsregierung zu führen, sondern auch die französische Politik auf die Probe zu stellen, ob es ihr Ernst ist, an einem wahren Frieden in Europa mitzuarbeiten, oder ob sie wie bisher auf einen Frieden der Unterjochung hinstrebt, der Deutschlands Lebensrecht im Kreis der großen Kulturvölker gewaltsam niederlegt. Unter der Voraussetzung, daß der durch WTB amtlich vorbereitete Wortlaut richtig verstanden wird — das ist keineswegs selbstverständlich, manche Stellen der Note sind nicht ohne weiteres klar, der meisterhafte diplomatische Stil Bismarcks scheint unwiderbringlich verloren zu sein —, will die Reichsregierung versuchen, auf dem internationalen Geldmarkt, vor allem in Amerika, zugunsten der Entschädigungsgläubiger eine Anleihe in der riesenhafte, in Friedenszeit noch nie dagewesenen Höhe von 20 Milliarden Goldmark aufzunehmen. Die Anleihe soll bis zum 1. Juli 1927 nicht aus besonderen Leistungen des deutschen Volkes, sondern aus dem Anleiheertrag selbst zu etwa 5 Prozent verzinst und 1 Prozent getilgt werden. Darin bestünde der vielgenannte Zahlungsausschub. Am 1. Juli 1929 und 1931 sollen weiter je 5 Milliarden Goldmark fällig werden. Wenn über diese zweite und dritte Note auch gegebenenfalls noch eine unparteiische internationale Kommission zu entscheiden haben wird, so ist doch kaum anzunehmen, daß diese Kommission diese weiteren 10 Milliarden Deutschland nicht auch ausladen wird, wenn sie nicht noch wesentlich darüber hinausgeht. Tatsächlich übernimmt also die Reichsregierung eine feste Gesamtverpflichtung von 30 Milliarden Goldmark, zu denen nach dem 1. Juli 1927 noch 5 Prozent Zinsen zugunsten der Verbündeten kommen. Verzinsung und Tilgung des Anleihebetrags an die Anleihegeber gingen natürlich nebeneinander. Diese Schuld bedeutet für Deutschland eine jährliche Leistung von mindestens 1,8 Milliarden Goldmark oder 18 Milliarden Papiermark, vorausgesetzt, daß die Mark nicht mehr weiter sinkt als sie am heutigen Tag gesunken ist (1 Dollar gleich 40 000 Mark). Der Reichskanzler hat aber in seiner Botsprechung mit dem Ministerpräsidenten der Bundesstaaten am 1. Mai gleich darauf aufmerksam gemacht, daß für die Verzinsung der Anleihe mit einem wesentlich höheren Satz als 5 Prozent zu rechnen sein werde.

Von der Schwere dieses Opfers, das getragen werden soll, um die Freiheit zu erkaufen, legen sich noch lange nicht alle Kreise unseres Volks Rechenschaft ab. Man kann das Opfer nur würdigen, wenn man es neben die bereits vollzogenen Leistungen seit dem Kriegsende stellt. Bis Ende Dezember 1922 hat Deutschland Werte von nicht weniger als 57 Milliarden Goldmark hingeben müssen, die sich auf weit mehr als 100 Milliarden erhöhen, wenn man den Wert Elsaß-Lothringens und der andern Reichsgebiete im Norden, Westen und Osten, der deutschen Kolonien und den militärischen Rückfall in den Räumungsgebieten hinzurechnet. Es wäre daher zu wünschen gewesen, daß diese Leistungen in der deutschen Note selbst noch einmal dargelegt worden wären; in einem amtlichen Schriftstück von solcher Tragweite wäre die Zusammenstellung in ganz anderer Weise zur Geltung gekommen als in den bisherigen Veröffentlichungen der Zeitungen, von denen weder die Regierungen noch die Blätter des Auslands genötigt sind, Bemerkungen zu machen. Leider ist auch die Gelegenheit, der Welt zu sagen, was der Einbruch ins Ruhrgebiet für die deutsche Wirtschaft bedeutet, nicht entfernt ausgenutzt worden. Diese gewaltigen Schäden hätten doch ausdrücklich in Aufbau gebracht und es hätte erklärt wer-

Tagespiegel

Die polnische Regierung hat die Reichsregierung aufgefordert, das deutsche Konsulat in Thorn bis zum 15. Mai aufzulösen, da der Konsul „polenunfreundliche Handlungen begangen habe“. — Das Verlangen der Polen ist eine offensichtlich unfreundliche Handlung gegen Deutschland.

Der polnische Kriegsminister Sojnowski übertreichte in Kattowitz dem Marschall Joch auf der Durchreise nach Warschau im Namen des Präsidenten der Republik den polnischen Marschallsstab.

Die französische Antwort auf die deutsche Note soll am Samstag in Berlin übergeben werden, nachdem sie zuvor auch den anderen Mächten mitgeteilt wurde. Nach Pariser Blättermeldungen betont Frankreich darin, daß es das Ruhrgebiet nicht räume, bis Deutschland bezahlt habe.

Die Belgier wollen eine besondere Antwortnote überreichen.

England ist in Paris wegen der französischen Antwort vorkessig geworden, woraus die Hoffnung gewonnen wird, daß zunächst der diplomatische Notenwechsel weitergehe und zuletzt doch zu Verhandlungen führe.

Im preussischen Landtag kam es am Freitag zu erhörten Schlägereien zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, so daß die Sitzung zweimal abgebrochen wurde.

Der Reichstag nahm das Verfassungsgesetz gegen die Stimmen der Linken an.

den müssen, daß die Gegenrechnung sich mit jedem weiteren Tag der feindlichen Besetzung vergrößere. Und was die Bürgschaften für die Verzinsung und Heimholung der Anleihe betrifft, zu der die gesamte deutsche Wirtschaft durch Befehl verpflichtet werden soll, so werden in der Note zwar bestimmte Vorläufe gemacht, nach der Fassung dieses Angebots scheint aber wenigstens mittelbar die Gesellschaft der Anleihegeber Gläubigerin des deutschen Privatvermögens werden zu sollen oder zu können, die ihre Ansprüche an deutschen Privatleuten schließlich auch gerichtlich eintreiben lassen kann. Welche Folgen das haben kann, bedarf wohl keiner besonderen Ausführung. — Die deutschen Gegenforderungen beschränken sich darauf, daß jede Verhandlung davon auszugehen habe, daß innerhalb kürzester Frist der frühere Stand wiederhergestellt wird, und zwar nicht nur, wie er vor dem 12. Januar, sondern wie er vor der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort war, und daß es mit der Politik der Pfänder und Sanktionen sein Ende haben müsse.

Die Note der Reichsregierung hat der Ruhrbevölkerung den Beweis gegeben, daß die Regierung sich keine erste Möglichkeit zu Verhandlungen zu kommen, entgegen läßt. Das ist bei der wahrscheinlichen Notwendigkeit, den passiven Widerstand fortzusetzen, nicht zu unterschätzen. Aber nun die Hauptsache: was sagen die andern? Die Amerikaner zucken die Achseln und tun, als ob die ganze Sache sie gar nichts angehe, weil sie an den Entschädigungszahlungen ja nicht beteiligt seien. Sie wollen zwar die Note „ernstlich prüfen“, aber eine eigentliche Beantwortung halten sie für überflüssig. Die englische Regierung, ausgerechnet sie, die durch ihren Wortführer Curzon den deutschen Schritt unmittelbar veranlaßt hatte, glaubt ebenfalls einer Beantwortung der Note sich enthalten und sich darauf beschränken zu dürfen, in Paris und Brüssel anzufragen, wie man dort über den deutschen Vorschlag, der die englische Regierung nicht befriedigt zu haben scheint, denke. Die gedruckte „öffentliche Meinung“ Englands ist zum Teil nicht so spröde; sie findet es immerhin lobenswert, daß Deutschland seinen guten Willen zur Versöhnung gezeigt habe, einige Blätter machen sogar Frankreich für alle Folgen verantwortlich, wenn es die deutsche Note nicht wenigstens als Grundlage ehrlicher Verhandlungen gelten lassen wolle. Das ist aber auch alles. Was Belgien betrifft, so wäre es, wie es scheint, nicht abgeneigt, in Verhandlungen einzutreten, wohl in der Voraussetzung, daß die berühmte internationale Sachverständigenkommission schon für eine ergiebige Erhöhung der Entschädigung sorgen werde. Auch in Italien ist man nicht warm und nicht kalt; man möchte endlich zu Geld kommen, aber man kann davon nie genug bekommen, wie in Belgien.

Was die deutsche Reichsregierung auf ihre Note von diesen Mächten erfahren hat, ist eine Enttäuschung. Nicht enttäuscht hat nur Frankreich. Die Tinte auf dem Berliner Dokument war noch nicht trocken, da wußten die Pariser Blätter — anaeblich über die Schweiz — schon, was

drin stand. Und dann wurde auf Deutschland und Cuno gewettert, was Zeug hielt. Der französische Minister hat beschloß, unter dem Vorbehalt des Präsidenten Millerand einstimmig, den deutschen Vorschlag abzulehnen, nicht nur weil das Angebot ungenügend sei, sondern — namentlich — weil die Reichsregierung als die „Besete“ sich erkläre, Bedingungen zu stellen, nämlich die Räumung des Ruhrgebietes und den Verzicht auf Sanktionen. Poincaré ließ noch, um nicht aus der Rolle zu fallen, durch seine Blätter und die Havas-Agentur verkünden, die „gebührende“ Antwort werde Deutschland im Ruhrgebiet erteilt werden.

Die Antwort ist zum Teil schon im Voraus gegeben. Freiherr Krupp von Bohlen und Halbach wurde als Zeuge in dem Prozeß gegen seine Direktoren vor das französische Kriegsgericht geladen und — verhaftet. Er soll sich mit jenen wegen des schweren Verbrechens verantworten, daß er und die andern Angeklagten an dem blutigen Karanastag bei dem französischen Einbruch in die Kruppwerke nicht verhindert habe, die üblichen und sonst noch nicht beanspruchten Dampfmaschinen ertönen zu lassen. Für die Führung des Prozesses hat General Degoutte, der Relac des Ruhrgebiets, schon die Richterlinien vorgezeichnet, indem er den tapferen Leutnant, der mit Maschinengewehren auf die Krupparbeiter schießen ließ, wegen seiner tadellosen Haltung öffentlich belobte. Die Verurteilung der Angeklagten wird ein treffliches Mittel sein, die französische Blutschuld abzurufen — und mindestens einige hundert Millionen Mark an Geldstrafen einzukassieren. So wurden ja erst dieser Tage zwei Direktoren der Heinrichshütte in Hattinagen zu 150 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie sich angeblich erdreistet haben sollen, Kohlen ohne Zoll aus dem besetzten Gebiet auszuführen. Die Stadt Duisburg hat 75 Millionen Mark Buße zu zahlen, weil die Franzosen mit den Verkehrsapparaten der Eisenbahn nicht unzugehen verstanden; „böswillige Sabotage“ nennt das das französische Gericht. Auf Befehl Degouttes wird nun auch die verweigerte, weil von der Reichsregierung unterlagte Auslösung der Kohlensteuener in der Weise „bestraft“, daß dafür irgendwelche erreichbaren Industriewerke genommen werden. Ein Befehl Degouttes bedroht jede Verweigerung, Erschwerung oder Verzögerung der Kohlenauslieferung oder die Anstiftung dazu mit Gefängnis von 5 Jahren und Geldstrafen nicht unter 10 Millionen Mark. Die ins-unbereichte Gebiet gehende Post wird beschlagnahmt. — endlos ist die Reihe der Maßnahmen, die die Antwort auf die deutsche Note zu bilden bestimmt sind, und wie viele werden noch kommen!

Fürwahr, die Franzosen haben die Probe auf die Friedensabsichten schlecht bestanden. Aber auch die Regierung Cuno steht vor einer Probe. Der überspannte Bogen Poincarés muß brechen, wenn die Regierung den passiven Widerstand, zu dem sich erst neuerdings wieder alle Bevölkerungskreise der besetzten Gebiete entschlossen bekann haben, tatkräftig führt, unbeirrt um Widerstände von außen oder innen. Es geht, wie der Reichskanzler zu den Ministerpräsidenten sagte, um Deutschlands Zukunft, um Sein oder Nichtsein. Dem Ausland gegenüber hat die Regierung den ehrlichen Willen gezeigt, sie hat ihm gegenüber ein gutes Gewissen, das auch höher je länger je mehr anerkannt wird. Quertreibern im Innern aber muß rücksichtslos begegnet werden. Es ist doch unerhört, daß die Böse auf die deutsche Note hin den Dollar auf 40 000 hinaufreibt und Meiste Mark auf den zehntausendsten Teil entwertet. Was helfen da alle Maßnahmen zur Befestigung der Mark und zum Preisabbau? Sie werden zum Gespött. Das Bese gegen die Devisenspekulation ist dem Reichsrat zugegangen; hoffentlich ist es besser als seine Vorgänger und erfährt auch die großen Spekulanten. Weiteres ist festzustellen, daß auch bei dem neuen Marksturz, wieder die französische Regierung die treibende Kraft war.

Um die innere Widerstandskraft gegen den letzten französischen Sturmsturz zu erhalten, dazu gehört auch die Sicherheit, daß wir mit unseren Lebensmitteln auskommen. Zu diesem Zweck hat die Reichsregierung, da die Getreideumlage nach Ablieferung des letzten Schaffels angehört wird, eine neue Ordnung der Getreidewirtschaft aufgestellt, die einen Vorrat von 3½ Millionen Tonnen vorsieht, von dem der größere Teil aus der ausländischen Getreideeinfuhr, die nun dem freien Handel überlassen werden soll, zu decken ist, während 1½ Millionen Tonnen der inländischen Ernte auf Grund von Lieferungsverträgen entnommen werden. Von Reichswegen verbilligtes Brot wird es dann nur noch für die mickligen Bedürftigen bis zu einem gewissen Einkommen oder Nichteinkommen geben und die Kosten werden durch eine Steuer von mehreren Milliarden aufgebracht. Die Brotkarten fallen weg, und mit ihnen fällt die Reichsgetreidekasse, der niemand eine Leine nachweinen wird.

Sind wir im Innern gewappnet, so brauchen wir das französische Loben nicht zu fürchten, es ist viel zu viel

Theater dabei. Trotzdem die Eindringlinge eine Zehne um die andere wegnehmen und im Ruhrgebiet Kohlen in Massen daliegen, wird der Kohlenmangel in Frankreich und Belgien immer bedrohlicher. Es fehlen die Eisenbahnen und noch mehr die Eisenbahner. Bis zum 28. April haben die Feinde 432 700 Tonnen Kohlen und Koks, also in 105 Tagen etwas über 4000 Tonnen täglich abgefahren; vor der Besetzung rollten täglich rund 60 000 Tonnen ab. In Voithringen müssen weitere 14 Hochöfen stillgelegt werden. Dazu kommt, daß Frankreich in Kleinasien vor einem ersten Fermwürfnis mit den Türken steht. Es handelt sich angeblich darum, daß die Türken ihre Vorkriegsschulden an Frankreich nur in dem entwerteten französischen Franken verzinsen wollen, während Frankreich die Zahlung in türkischen Goldpfund verlangt. In Wirklichkeit ist der Grund, daß Frankreich durch Abmachungen der Türkei mit einer amerikanischen Gesellschaft über einen großen Bahnbau in Kleinasien, der vor dem Krieg den Franzosen zugestanden worden sein soll, und über die Ausbeutung der Erdölquellen in Mosul sich benachteiligt fühlt. Das Geld spielt eben wieder die Hauptrolle. Es muß nun nicht gleich zu einem Krieg kommen, wenn auch die Franzosen nach ihrer Art schon gewaltig mit dem Säbel rasseln. Die Fähigkeit und Gewandtheit der Türken wird schon Wege zu finden wissen, daß die Franzosen sich beruhigen — und doch nichts bekommen. Aber es ist nicht ohne Vorteil für uns, daß Frankreich auch nach einer anderen Seite sein Aufmerksamkeit richten muß. Trotz alles Siegesgeschreies ist es Poincaré in seiner Haut weniger wohl als je. Also immer wieder: bleiben wir fest! Das bekannte Wort Hindenburgs gilt heute ganz besonders: Siegen wird, wer die Nerven behält.

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Mai. Nach der mehrtägigen Pause trat gestern der Reichstag wieder zusammen. Wer einen großen Tag erwartet hatte, sah sich getäuscht. Die Anträge der Deutschnationalen Volkspartei über das Vorgehen der Regierungen in Preußen, Sachsen, Thüringen und Hessen gegen die Deutschnationale Freiheitspartei wurde auf Antrag der Demokraten und ihres Ministers Dejer von der Tagesordnung abgesetzt, weil die Besprechung dieser Angelegenheit zurzeit aus außenpolitischen Gründen nicht erwünscht sei. Die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt. Abg. Kaufhäuser (Soz.) befragte eine Regierungsforderung, für die Internationale Arbeitsamt in Genf einen Reichsbeitrag zu gewähren, um nicht noch die letzten internationalen Fäden zerreißen zu lassen. Abg. Lam bach (Deutschnat.) spricht gegen den Vorschlag, man dürfe der fremden Industrie Espionage, auf die das sogenannte internationale Arbeitsamt hinauslaufe, nicht die Tür öffnen. Die Abstimmung wird vertagt. — Nächste Sitzung Freitag. Abstimmung über das Gesetz zum Schutz der Versammlungsfreiheit, das infolge der durch Obstruktion der Sozialdemokraten herbeigeführten zweimaligen Beschlußunfähigkeit des Hauses bis jetzt noch unerledigt geblieben ist.

Abg. Lam bach und Gen. haben einen Antrag eingebracht, die Regierung möge eine Denkschrift vorlegen, in der die gesetzgeberischen Möglichkeiten für eine Beteiligung der Angestellten und Arbeiter an Betrieb und Ertrag der in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen (Beteiligung auf neu auszugebende Anteilscheine, gegebenenfalls auch durch Werkgemeinschaften) dargestellt werden.

Berlin, 4. Mai.

Am Freitag wurde im Reichstag die Abstimmung über das Versammlungsfreiheitsgesetz vorgenommen. Ein Antrag Dr. Haddung (Soz.) wird vorgeschlagen, die im Zusammenhang mit solchen Versammlungen stehende, also vor und nach der Versammlung, auszuschalten, und die Bestimmung freizugeben, wonach der Versuch schon strafbar sein soll. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Hohenzollern Volkspartei angenommen.

Angenommen wird ein Antrag Leuthäuser (D. Sp.), Warnuth (D. natl.), Brodauf (Dem.), die Begrenzung der Geldstrafen auf höchstens 1 Million M. zu freizeichnen. Mit diesen Änderungen wird darauf das Versammlungsfreiheitsgesetz in zweiter Lesung gegen die Linke angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplanes des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Abg. Andre (Zentr.) befragt die große Zahl der arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen, so daß

niemand mehr auskennt. Der Redner bekämpft den Organisationszwang der Gewerkschaften und verteidigt das Unternehmertum, ohne welches die Wirtschaft nicht gesichert werden könne. Er verlangt von der Regierung, daß sie alles tun solle, um den Arbeitern an der Ruhe das Durchhalten zu erleichtern. Der Redner schließt mit einem Appell zur Mehrarbeit, Ruhe und Ordnung.

Abg. Thiel (D. Sp.) hält einen Umbau und eine Erweiterung der sozialpolitischen Gesetzgebung für erforderlich. Am meisten habe die Gruppe der Kriegsverletzten unter der Geldentwertung zu leiden. Der Redner lehnt die sozialdemokratischen Wünsche auf Zentralisierung des sozialen Versicherungswesens ab.

Abg. Schürmer-Franken (D. Sp.) befragt gleichfalls die Fälle der sozialen Gesetzgebung, tritt für die Bevorzugung der produktiven Erwerbslosenfürsorge vor der Unterstützung ein, namentlich für Wege und Wasserbauten am Main-Donau-Kanal. Das neue Hinaufschneiden des Dollarkurses sei eine Rumpelrei, ein Verbrechen an der deutschen Nation.

Das alte Lied

Die Liste der Schandlaster

Berlin, 4. Mai. Im Kreis von Reichstagsabgeordneten sagte Reichskanzler Cuno, eine amtliche Zusammenstellung der unzähligen Verbrechen der Besetzungstruppen im Ruhrgebiet sei in Vorbereitung. Mit Rücksicht auf die eingeleiteten diplomatischen Schritte könne die Liste aber vorläufig noch nicht veröffentlicht werden.

Essen, 4. Mai. Bis 2. Mai sind von den Franzosen 52 Schandtatlagen besetzt worden.

Ueber die Dauer der Gerichtsverhandlungen wird die Stadt Werden für vier Tage vom Verkehr abgesperrt. Nur Personen mit Ausweisen dürfen die Stadt betreten. Die Ruhrbrücke ist von einer starken Abstellung besetzt. Die Besatzungstruppen in Werden sind bedeutend verstärkt worden. Die Franzosen beschränken Ueberfälle der Krupparbeiter. — Die Angst ist unnötig, denn in den Krupp-Werken wird gearbeitet wie gewöhnlich.

Zwecks Berichterstattung über den Krupp-Prozess ist eine eigene Telegraphenleitung von Werden nach Paris gelegt worden.

Auf dem Bahnhof Essen-Süd erfolgte bei der Brücke eine Explosion. Mehrere Telegraphenmasten wurden umgeworfen.

Horst-Enschler, 4. Mai. Betrunkene französische Soldaten erpresen auf der Straße von sechs Bürgern und drei Geiseln unter Vorhaltung der Revolver die Herausgabe ihres Geldes.

Neue Nachrichten

Schlägerei im preussischen Landtag

Berlin, 4. Mai. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtags nannte der kommunistische Abgeordnete Kay die Sozialdemokraten ein „lauffiges Gesindel“. Als er das Rednerpult verließ, packte ihn der Sozialdemokrat Bahlke. Der Kommunist Hoffmann kam Kay zu Hilfe, aber nun wurden beide über eine Bank gezogen und verhauen. Es kam darauf zu einer schweren Schlägerei zwischen beiden Parteien, an der über 20 Abgeordnete beteiligt waren.

Die Antwort Frankreichs

Paris, 4. Mai. Halbamtlich erfährt man, die französische und belgische Regierung seien einverstanden, keine wesentliche Änderung des Londoner Zahlungsultimatums vom 5. Mai 1921, das Deutschland unterschrieben habe, zuzulassen. Bevor der „von der Reichsregierung geleitete“ passive Widerstand nicht aufgegeben sei, werde man sich überhaupt in keine Verhandlungen mit Deutschland einlassen. Das Ruhrgebiet werde von Frankreich nur nach Maßgabe der Zahlungen geräumt, es bleibe als „Pfand für die deutsche Aufrichtigkeit“ in französischer Hand, worauf Deutschland schon wiederholt amtlich aufmerksam gemacht worden sei. Echo de Paris bemerkt, wenn Belgien weiter gehen und ein bestimmtes Programm aufstellen wolle, so müsse es die Verantwortung tragen, einen Wortlaut nach Berlin zu senden, der mit den Abmachungen in Paris nicht übereinstimmt. Damit ginge man den Deutschen in die Falle.

Wie verlautet, wird die französische Antwortnote von

Deutschland verlangen, daß es England und Amerika erlaube, auf ihre Guthaben an Frankreich zu verzichten.

Die französische Antwort wird nach dem „Journal“ acht bis neun Seiten umfassen.

Poincaré besprach sich wiederholt mit Barthou, dem Vorsitzenden der Entschädigungskommission.

Belgien lehnt ab

Brüssel, 4. Mai. „Etoile Belge“ schreibt, die belgische Regierung sei von dem deutschen Angebot enttäuscht worden. Wahrscheinlich werde eine Besprechung mit Poincaré in Brüssel stattfinden.

Der englische Pferdeschuh

London, 4. Mai. Die „Times“ schreibt, es sei für Deutschland zwecklos, Frankreich um die Räumung des Ruhrgebiets in kürzester Frist zu erjagen; das könne alles und nichts bedeuten. Deutschland könne in seinem und Europas Interesse nichts besseres tun, als seinen sinnlosen Widerstand aufzugeben und zu kapitulieren. Dann könne Deutschland das Versprechen bekommen, daß es auf der einzuberufenden Konferenz der Verbündeten „wenigstens“ vertreten sein dürfe. Die am Friedensvertrag beteiligten Verbündeten seien die alleinigen Schiedsrichter, ebenso wie sie die ersten Schiedsrichter waren. — War das so gemeint, Herr Curzon?

Die Reichseinnahmen 1922

Die Reichseinnahmen im Rechnungsjahr 1922 (1. April 1922 bis 31. März 1923) haben rund 1 1/2 Billionen betragen; sie haben damit den wiederholt stark erhöhten Einnahmeveranschlag um rund 1/2 Billion überschritten. Bei den fortbauenden Steuern (Einkommen- und Körperschaftsteuer) sind rund 930 Milliarden Einnahmen gegenüber 615 Milliarden des Veranschlags, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 430 Milliarden gegenüber rund 300 Veranschlag, bei den Ausgabenerlösen 187 Milliarden gegenüber 100 des Veranschlags ergeben. In der Reihe der Einkommen- und Körperschaftsteuer steht unter den Milliardenverträgen weitaus am ersten Stelle die Einkommensteuer mit 533 Milliarden (im März 1923 allein 179 Milliarden, davon 173 Milliarden Erlös aus dem Markenverkauf). Von größerer Bedeutung sind dann noch die Umsatzsteuer mit rund 240 Milliarden, die Körperschaftsteuer mit 65, Abgabe vom Personen- und Güterverkehr mit 55 Milliarden. Zu den 430 Milliarden aus Zöllen und Verbrauchssteuern haben beigetragen die Kohlensteuer 230 Milliarden (gegen 150 Milliarden des Veranschlags), Zölle und Aufgeld 95 Milliarden, Tabaksteuer 66 1/2 Milliarden, Branntweinmonopol 15, Biersteuer 1 1/2 Milliarden. Aus der Zwangsanleihe sind bisher 18,8 Milliarden ausgekommen, davon 3 1/2 Milliarden im Monat März.

Der Krupp-Prozess

Werden a. R., 4. Mai. Im großen Saal des Gasthauses Franz begann heute die Verhandlung gegen Frhr. v. Krupp und seine Direktoren. Als die Angeklagten im Saal erschienen, erhoben sich alle anwesenden Deutschen als Huldigung. Die Anklageschrift legt den Beschuldigten „Komplotz und Umtriebe gegen die Sicherheit der französischen Truppen“ zur Last. Zuerst ergeht von den vier Verteidigern Dr. Grimm das Wort und erhebt rein juristisch gegen die unrichtmäßige französische Gerichtsbarkeit erklärt sich nach Staatsbürger Widerspruch. Der Gerichtshof erklärt sich nach längerer Beratung für zuständig. Frhr. Krupp v. Bohlern wird einem eingehenden Verhör unterzogen. Am 31. März, erklärt Krupp, kurz vor 9 Uhr habe Direktor Hartwig ihm mitgeteilt, daß nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat die Sirenen in Tätigkeit gesetzt worden seien. Die Arbeiter verlangten es ausdrücklich, da es sich bei den Kraftwagen der besetzten Halle um Fahrzeuge handelte, die für die Fabrik und hauptsächlich für die Arbeiter benötigt wurden. Später habe er sich zu einer Besprechung der Direktoren begeben. Auf die Frage des Vorsitzenden und des Staatsanwalts führt Herr v. Krupp aus, es sei ihm entfernt nicht der Gedanke gekommen, daß es ein Unglück geben könne, umso weniger als die Sirenen vor 10 1/2 Uhr schwiegen und von der Straße kein Ton mehr in das 100 Meter entfernte Beratungszimmer drang. Nach 11 Uhr sei jemand in das Zimmer mit der Nachricht getreten, es sei geschossen worden. In höchster Erregung sei alles ausgeprungen. Man habe die flüchtenden Arbeiter noch sehen können. — Die Verhandlung wurde nach 11 Uhr auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

Berlin, 4. Mai. Im preussischen Landtag wurde der von den Deutschnationalen gegen den Innenminister Seve-

Blaubart.

Roman von Marianne Lewis.

„Ja! — Ich will vor allem versuchen, mir eine berufsmäßige Ausbildung zu erwerben. Wir sind von einer älteren Erzieherin unterrichtet worden. Mir fehlt also viel zum Bestehen der Reifeprüfung. Dann kämen die Studienjahre. Ich dürfte das Ziel, Arzt zu werden, spät erreichen.“

„Deshalb siehe ich es vor, mich zur Krankenpflegerin ausbilden zu lassen. Zur Rotkreuzschwester etwa. Für die Diakonissen bin ich nicht brav genug.“

„Erbiten Sie bereits die Einwilligung Ihrer Eltern?“

„Noch nicht. Es wird harte Kämpfe geben. Sie wissen: wir haben Geld. Ich soll natürlich heiraten!“

„Jemand Bestimmtes?“

„O bewahre! — Nur so im allgemeinen...“

„Und Sie mögen von der süßen Liebe nichts wissen?“

Flock wurde feuerrot und rief heftig: „Nein!“

„Darf ich ganz offen zu Ihnen sprechen, Fräulein Flora?“ fragte Ebert nach einer Pause.

„Selbstverständlich! — Sind wir zwei Menschen, die sich damit belustigen, andern Sand in die Augen zu streuen? Oder kann eines von uns die Wahrheit nicht vertragen?“

„Ich hoffe, wir können's beide! — Lassen wir uns ein wenig auf diesen Kiefernmasten nieder, die der Förster so hübsch verschrankt aufbaute, als ob er Ruheplätze einrichten wollte.“

Ebert schob die obere Stange etwas zurück. Sie setzten sich auf die zweite, stemmten die Füße auf eine untere und lehnten sich an die höchstliegende.

Er fuhr, indem er ein dürres Zweiglein bedächtig in gleichmäßige Stücke brach, fort: „Verzeihen Sie mir:

Wir Ärzte betrachten es stets als Kennzeichen eines seelischen Unbehagens, wenn ein junges, nicht auf Erwerb gestelltes Mädchen, das bisher an dergleichen Dingen nie dachte, ja eine Abneigung dagegen empfand, sich leidenschaftlich einem opferbegehrenden Beruf zuwendet; ihn gewissermaßen als heilendes Narotikum braucht. Und wir achten einen solchen Ausbruch eines starken, wehrhaften Charakters, der zu drastischen Mitteln greift, um sich vor Verzweiflung zu retten, hoch!“

Flock wollte aufstehen. Doch Ebert legte ihr beschwichtigend die Hand auf den Arm: „Ich mußte Ihnen das sagen, ehe ich zu fernem Schritte. — Und ich will so weit gehen, Ihnen einzugehen: Wenn Ihre so plötzlich erwachte Hilfsbereitschaft den Leidenden gegenüber nur eigenen Schmerzen entspringt: Niemand kann Sie besser verstehen, als ich!“

„Auch ich scheide mit einer Wunde im Herzen von hier. Und ich will in heißer Arbeit Vergessen suchen.“

„Thea...?“ kam es wie ein Hauch von Flocks Lippen.

„Ja, Thea!“ bestätigte Ebert vollkommen ruhig.

„Und ich möchte bloß sein, wenn unser Leid nicht aus derselben Quelle stammte.“

Flock senkte den Kopf und biß die Lippen. Mit aller Macht suchte sie die Tränen zurückzuhalten.

„Fräulein Flora“, sprach Ebert nun mit vorüberdrückter Leidenschaft dunkler Stimme, „ich reise weit, weit fort. Möchten Sie das nicht auch, ehe oder wenn — alles zum Schluß kommt?“

„Bis ans Ende der Welt!“ brach Flock, bebend vor Erregung, aus.

„So kommen Sie mit mir! — Ich brauche ein weibliches Wesen, das in meinem Sinne neben mir zu wirken versteht. Kurz gesagt: eine kluge, opferwillige Frau! — Man erwartet auch einen verheirateten Arzt.“

„Machen Sie mir die Aussprache nicht zu schwer! — Ich weiß, wir können einstweilen nur Kameraden sein. Sie bleiben vollständig Ihr eigener Herr. Vielleicht führen uns Gewöhnung und Freundschaft einmal ganz unmerklich zu einem innigeren Verhältnis. Und Sie gewähren freimillig, was ich nie fordern werde. Mein Antwortschrift darauf! — Jetzt möchte ich Ihnen nur helfen — Ihnen und mir!“

„Ich weiß nicht, was ich noch sagen soll. Sie erraten alles. — Können, wollen Sie mit mir gehen?“

Er hielt ihr die Hand hin und blähte ihr gespannt ins Gesicht.

Die Neigung zum Weinen hatte sich bei ihr verloren. Ihre Lippen strahlten sich. Endlich hob sie den Kopf, sah Ebert mit klaren, funkenden Augen an und legte langsam ihre Rechte in die seine.

„Ich will und ich kann, Ebert, und danke Ihnen!“ sagte sie entschieden und brachte ebensowenig wie Thea seinen Vornamen Ernst. „Sie sind, indem Sie mir den Weg zur Arbeit wiesen, fast ein Jahr meinem schmachten Herzen Halt und Stütze gewesen. Und als Sie fortgingen, ersitterte meine Seele in Furcht. Denn schon damals ahnte ich, daß Theas Schicksal in anderer Richtung trieb, als meine Familie annahm.“

„Ja, lassen Sie uns miteinander zu überwinden suchen. Es wird möglich sein!“

Er hatte mit festem Druck die schmale, hagere Hand gefaßt und hielt sie einige Augenblicke so. Dann entzog Flock sie ihm sanft, erhob sich und ging schnellen, entschlossenen Schrittes weiter.

Ebert blieb an ihrer Seite. Kein Schluchzen. Kein Glückseligkeit im Unglück. Kein gespieltes Geldentum, wie bei Bhipps und Donata. Keine Wonne in Tränen. Die „Verlobungsangelegenheit“ war erledigt! —

(Fortsetzung folgt.)

ring eingebrachte Mißtrauensantrag in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 79 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

Württemberg

Stuttgart, 4. Mai. Vom Rathaus. Der Gemeinderat bewilligte für die Lehrmittellieferung für den hauswirtschaftlichen Unterricht der Fortbildungsschulen 3 1/2 Millionen Mark. Es wurde aber das Bedauern ausgesprochen, daß die Schule mit dem Geld nicht der Finanzlage entsprechend wirtschaften versteht. Für die Volksbibliothek, die sich in Rastatt befindet, wurde ein Beitrag von 1 Million Mark ausgemittelt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Bibliothek in städtische Verwaltung zu übernehmen, fiel durch, weil dann die Inrentabilität erst recht groß würde. Schließlich wurden für die Ruhrhilfe 3 Millionen Mark genehmigt. Dagegen waren nur die Kommunisten.

Stuttgart, 4. Mai. Württ. Weinbauverein. Am Sonntag, den 27. Mai findet im Saal des Bürgermuseums die ordentliche Jahresversammlung des Württ. Weinbauvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Landesbauernrats über die Lage in Weinsberg über die wichtigsten Bestimmungen des Reblausgesetzes.

Stuttgart, 4. Mai. Streit. Die Brauereiarbeiter von Stuttgart und Umgebung sind heute früh in den Ausstand getreten.

Fallschirmsprünge. Gelegentlich der landwirtschaftlichen Ausstellung wird der bekannte Luftsprünger Reih am Pfingstsonntag und Montag Absprünge mit dem Fallschirm ausführen.

Abgestürzt. In der Kolbstraße stürzte ein 20jähriger verheirateter Kammläger 18 Meter hoch vom Dach eines Hauses. Er erlitt schwere äußere und innere Verletzungen.

Grundbesitz a. N. 4. Mai. Salzjunde. Auf Grundbesitzer und Böttlinger Markung wurden anscheinend nicht unbeträchtliche Salzjunde festgestellt.

Börlingen, N. Göttingen, 4. Mai. Gemeindevereinigung. Der Gemeinderat hat mit den Gemeinderäten der Teilgemeinden Bredsch und Zell die Uebereinkunft getroffen, die drei Gemeinden zu einer einfachen Gemeinde unter dem gemeinsamen Namen Börlingen zu vereinigen. Die Regierung hat den Beschluß bereits bestätigt.

Kenningen, N. Geislingen, 4. Mai. Diamantene Hochzeit. Die Eheleute Josef und Agnes Nagel feierten das Fest der diamantenen Hochzeit.

Aud. 4. Mai. Jubiläum. Der Vorstand der hiesigen Volks- und Mittelschule, Rektor Kuhn, kann auf eine 40jährige Lehrtätigkeit an der Volksschule und auf eine 20jährige Dienstzeit als Schuldorstand zurückblicken. Lehrer und Schüler veranstalteten aus diesem Anlaß im Anschluß an die Schlußprüfung eine feierliche Feier.

Biberach, 4. Mai. Frau, schau wem? Ein junger Mann wollte sich im Jordanbad durch ein Bad erfrischen. Er überließ sein Fahrrad inwischen der Obhut eines jungen Mädchens, deren Bekanntschaft er soeben gemacht hatte. Als er aber vom Bad zurückkam, war das Mädchen mit dem Rad verschwunden.

Vom Bodensee, 4. Mai. Kilometerhefte. Die Wieder Einführung der Kilometerhefte bei der Bodenseefahrt steht in Aussicht. Für die Benutzung dieser Dampfschiffabonnements sollen zunächst nur ständige Anwohner des Bodensees in Frage kommen. Die Kilometerhefte bringen eine Preisermäßigung von 25 Prozent.

Sofales.

Wildbad, 5. Mai 1923

ep. Auf zur Sommerhilfe. Wer dem Glend der deutschen Kinderwelt nachgeht, sieht darauf, daß dahinter ein fast noch größeres Glend der deutschen Mütter steht. Will man darum den Müttern recht helfen, so muß man ihnen die Mütter möglichst lange erhalten. Die vielen Mütter, die unter der Ueberfülle der Arbeit, der Sorgen und Entbehrungen am Zusammenbrechen sind, brauchen dringend möglichst jedes Jahr eine stille Zeit des Ausspannens und Ausschaltens, eine Erholung zu freier Luft und bei besserer Ernährung. Wie dankbar wären viele Frauen in den Städten für einen Aufenthalt von 8—14 Tagen in einem stillen Dorf, für einen Platz am Tisch und eine einfache Lagerstätte bei einer menschenfreundlichen Familie! Um diese Wohltat auch solchen Frauen zu ermöglichen, die keine Verwandten auf dem Lande haben, hat die Landesgeschäftsstelle des Evang. Volksbundes einen Aufruf an ihre Ortsgruppen gerichtet und sich bereit erklärt, Anmeldungen für Sommerhilfe sowohl von Gastgebern als von Erholungsbedürftigen entgegen zu nehmen. Gefordert soll werden für Frauen aller Stände, die bei den heutigen Preisen aus eigenen Mitteln keine Sommerhilfe bestreiten können, auch solche, die zu einer mäßigen Entschädigung bereit wären, damit sie von ihren Haushaltungen abkommen können, wird an ihren Wohnorten ebenfalls die tatkräftige Nächstenliebe ausgerufen. Wegen alle, die dazu instand sind, dieses Wort fördern.

Der Milchpreis in Württemberg ist, nachdem die letzten Verhandlungen zwischen den landwirtschaftlichen Verbänden und den Vertretern der Verbrauchsgemeinden zu keiner Einigung geführt hatten, durch Schiedsspruch vom 11. Mai an auf 450 Mark ab Stall zuzüglich 25 Mark Vertragszuschlag, insgesamt auf 500 Mark das Liter festgesetzt worden. Diese Erhöhung um 25 Prozent entspricht der Mindestforderung der Landwirte. Ende Mai werden neue Verhandlungen geführt werden.

Keine Volkszählung. Die für 1923 vorgesehene Volkszählung ist von der Reichsregierung verschoben worden.

Das Hartgeld. Die Postkassen sind angewiesen, bei Zahlungen sich in größerem Umfang des neuen Aluminiumgelds zu bedienen, das bei allen Reichsbankstellen in größeren Mengen bereit liegt.

Warnung an alleinreisende junge Mädchen! Die Bahndirektion schreibt uns: Täglich werden junge Mädchen auf der Reise bestohlen, durch eigene Fahrlässigkeit um ihr Hab und Gut, sowie um ihre Ausweise gebracht. Niemand vertraue fremden Unbekannten auf der Bahnfahrt oder in den Wartesälen sein Gepäck, Geld, Wertgegenstände oder Personalausweise an, auch nicht zur Beaufsichtigung. Niemand lasse ein Gepäck unbeaufsichtigt stehen oder stecke die Geldtaschen in offene Manteltaschen. Jeder hüte sich während der Fahrt über in den Wartesälen vor dem Einschlafen. Niemand vertraue sich selbst Unbekannten an, die unter dem Deckmantel freundlicher Hilfsbereitschaft sich an jedem Mann heranzumachen. Wer diese Warnungen nicht befolgt, setzt sich der Gefahr aus, daß er bei Entdeckung der Bahnhöfe und Wartesäle von unsicheren, unheimlichen Personen durch die Bahnpolizei von dieser selbst festgenommen und sogar in

polizeilichen Gewahrsam eingeliefert wird, wofür er sich nicht ausweisen kann. Jedes junge Mädchen verhalte sich mit einem Ausweis, wenn es sich auf Reisen begibt.

Ruhige Topfböden dürfen niemals mit warmem Wasser abgewaschen und gereinigt werden, da der Ruß Stoffe enthält, die in der Wärme klebrig und schmierig werden. Die leichteste Behandlung ist, wenn man den ruhigen Topfböden zuerst mit kaltem Wasser und Seife oder Seifenlauge bearbeitet und dann mit warmem Wasser nachbehandelt. Eingebraunten Ruß jedoch kann man mit Kieselrde restlos entfernen.

Letzte Nachrichten.

Die Redar Kanalisierung im badischen Landtag.

Karlsruhe, 4. Mai. Der Landtag befaßte sich am Freitag mit einem Gesetzentwurf zur Redar Kanalisierung, wonach das Staatsministerium ermächtigt wird, Baden an der Redar-A.G. durch Übernahme weiterer Aktien im Nennbetrag von 175 Millionen Mark zu beteiligen, ferner der Redar-A.G. wertbeständige Darlehen zu gewähren und zusammen mit dem Deutschen Reich, Württemberg und Hessen für Anleihen der Redar-A.G. Bürgschaft zu gewähren. Schließlich wird das Staatsministerium noch ermächtigt, zum Zwecke der Fortführung der von der Redar-A.G. begonnenen Bonten Schanauweisungen bis zur Höhe von 328 Millionen auszufertigen. In der Aussprache wurde von seiten der Deutschen Nationalen, des Landbunds und des Zentrums Bedenken gegen die Gesetzesvorlage laut, die zum Teil zingige Arbeitsminister Dr. Engler erklärte, die Summe, die Baden für die Redar Kanalisierung ausgeben, ist so gering, daß durch sie die anderen badischen Wasserkräfte nicht beeinträchtigt würden. Wichtig sei, daß das Bauprogramm falsch war, die badische Regierung habe es auch von Anfang bekämpft. Man hätte mit dem Bau des Kanals in Mannheim beginnen sollen, dann hätte man in 1—2 Jahren mit großen Schiffen über Heidelberg hinwegfahren können, aber Württemberg habe das nicht gemollt. Schließlich wurde der Gesetzentwurf mit großer Mehrheit angenommen.

Die französische Antwort.

Paris, 4. Mai. Nach dem „Paris Parisien“ sollen in der französischen Antwort folgende Grundgedanken deutlich zum Ausdruck kommen: 1. Es sei keine Unterhandlung möglich, solange der passive Widerstand an Rhein und Ruhr nicht aufhöre. 2. Deutschland müsse sich darin fügen, daß die Räumung des Ruhrgebiets entsprechend dem französisch-belgischen Beschluß nur jeweils nach Maßgabe der Reparationszahlungen erfolge. 3. Deutschland müsse als Zahlungsgrundlage das Londoner Abkommen vom 5. Mai 1921, zu dem es seine Unterschrift gegeben habe, beibehalten.

Der „Matin“ schreibt: Es sei wahr, daß zwei Texte, ein belgischer und ein französischer, überreicht werden. Wenn die Belgier in ihrem Programm weitergehen wollten, so müßten sie die Verantwortung dafür übernehmen, nach Berlin einen von der französischen Note verschiedenen Text zu senden. Es wäre nicht empfehlenswert, sich auf einen langen Meinungsaustausch einzulassen, der nur Zeit kosten würde.

Allerlei

Stiftung. Die Frau Großherzogin von Sachsen-Weimar-Eisenach hat zum Gedächtnis für den jüngst verstorbenen Großherzog Wilhelm Ernst dem Sophien-Krankenhaus in Weimar eine Stiftung von 20 Millionen Mark gemacht.

Am hundertsten Geburtstag gestorben ist eine Frau Friederike Meißler in Schönbürg (Oberlausitz). Sie war am 23. April 1823 geboren und schloß am 23. April 1923 die Augen für immer.

Walpurgisfeuer. In der Lausitz und in den anstößenden Teilen Sachsens wird die uralte Sitte der Walpurgisfeuer, die auf die Sommervollmond zurückzuführen sind, noch heute eifrig gepflegt. Die Jugend sammelt das ganze Jahr über „Belen“, die zu großen Haufen aufgeschichtet und verbrannt werden. In der heurigen Walpurgisnacht (zum 1. Mai) leuchteten hunderte von Feuern auf. Dazwischen trachten Böllerdrücke.

Die Scheffelgemeinde in Singen (Baden) veranstaltete eine größere Walpurgisfeier auf dem Hohentwiel. Eine prächtige Beleuchtung der Burgmauern bei hellem Mondschein verlieh der Veranstaltung einen märchenhaften Zauber.

Die Flugstrecke München-Berlin, die einzige innerdeutsche Linie von Süd nach Nord, die am 14. Mai mit Junkerflugzeugen ausgenommen werden sollte, ist dadurch auf Schwierigkeiten gestoßen, daß das Reichsfinanzministerium sich weigert, die nötigen Zuschüsse zu gewähren. Es müssen nun erst wieder kostspielige und zeitraubende Verhandlungen geführt werden, ehe die Sache in Fluß kommen kann.

Geburtenrückgang in Bayern. Nach den Mitteilungen des statistischen Landesamts hatte Bayern im Jahr 1922 einen Geburtenüberschuß von 70 531. Diese Ziffer ist die geringste seit 1893.

Die schwebende Schuld der Stadt Berlin ist im letzten Jahr von 1764 auf 8075 Millionen Mark angewachsen. Trotzdem wird weitergewirtschaftet.

Bruch der Steigleiter. Bei einer Uebung der freiwilligen Feuerwehr am Bühnenhaus des neuen Theaters in Baden-Baden wurde die neue Steigleiter, die aus einem Kraftwagen aufgebaut ist, ausprobiert. Drei Feuerwehrleute standen auf der Leiter, der oberste in 25 Meter Höhe. Als das Wasser von der Spritze in den Schlauch getrieben, brach plötzlich die Leiter in der Mitte auseinander. Der oberste Wehrmann wurde beim Sturz tödlich verletzt, der mittlere erlitt einen Armbruch und Kopfverletzungen, der am untersten Ende stehende kam mit dem Schrecken davon.

Eisenbahnunglück. Bei Bern entgleiste infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug. 5 Personen sind tot, 15 zum Teil schwer verletzt.

Hundesteuer nach Brieftporto. Die Stadtgemeinde Raumburg erhebt für jeden Hund das 10fache der Gebühr für einen Fernbrief, gegenwärtig also 10 000 Mark.

500 000 Mark Geldstrafe wegen Verkaufs in englischer Währung. Die Landwirtschafterin Rosa Prager in Bad Löß (Oberbayern), die ihr Töchter Gut an einen Frankfurter Kaufmann um 600 englische Pfund verkauft hatte, wurde wegen Vergehens gegen das Devisengesetz zu 500 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Unterschlagung. Ein Beamter der städtischen Sparkasse in Höchst a. R., Adolf Schmitt, unterschlug 77 1/2 Millionen

Mark. Die Sparkasse ließ einige Autos beschlagnahmen, die Schmitt gehörten.

Sich selbst geköpft hat der Schuhmacher Reih in Meuselbach (Thüringen). Er sollte wegen Diebstahls verhaftet werden. Da brachte er durch Zerbrechen einer Sprengpatrone zur Entzündung, die ihm glatt den Kopf abriß.

Fassadenkletterer. Die neueste Erfindung im Verbrechertum sind die Fassadenkletterer, die außen am Haus hinaufklettern und durch Fenster in die Wohnungen einbrechen. In einem Privathaus im Berliner Westen haben solche Einbrecher wieder Silberzeug im Wert von 40 Millionen Mark erbeutet.

Die Zigeunerplage. In dem D-Zug Hamburg-Köln wurden 20 Fahrgäste von 4 Zigeunern durch Messerstücke verletzt. Schließlich zogen die Zigeuner die Notbremse und suchten zu entkommen, sie wurden aber nach längerer Verfolgung festgenommen.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 4. Mai: 37 094.— (40 049.90). 1 Pfund Sterling 175 061.—, 100 holl. Gulden 1 478 790.—, 100 Schweizer Franken 679 297.—, 100 franz. Franken 271 870.—, 100 belg. Franken 216 056.—, 100 ital. Lire 182 542.—, 100 österr. Kronen 55.14, 100 tschech. Kronen 118 797.—, 100 polnische Mark 81.—

Berliner Feltmarkt, 2. Mai. Butier: reichliches Angebot, welches nicht immer untergebracht werden konnte. Preis im Verkehrt zwischen Großhandel und Erzeuger Fracht und Gebinde zu Kassen der Käufer, war je ein Pfund 1. Sorte: 6500 .A, 2.: 5900 bis 6100 Mark. — Margarine: Die Preise wurden auf 4800 bis 5550 .A festgesetzt. Nachfrage ruhig. — Schmalz: bei guter Nachfrage liehen die Preise ihre Aufwärtsbewegung, veranlaßt durch die Steigerung der Devisenkurse, fort. Die heutigen Notierungen sind: Choice Westfern Steam 4800 .A, Pure Lard 5050 bis 5100 .A, Berliner Brateneschmalz 5100 .A. — Seede: Gute Nachfrage. Amerik. gefalzener Rückenspeck notiert 5000 bis 5200 .A.

Märkte

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 3. Mai. Ingekauft waren: 36 Kälber, 39 Schweine und 915 Ferkel und Käufer. Bezahlt wurden je für das Pfund Lebendgewicht für: Kälber 2700 bis 3400, Schweine 3400 bis 3900, und für Ferkel und Käufer (das Stück) 120 000 bis 340 000 .A. Stimmung: Kälberhandel lebhaft, Markt geräumt; Schweinehandel mittelmäßig, Markt geräumt; Ferkel- und Käuferhandel mittelmäßig.

Craisisheim, 4. Mai. Viehmärkte. Zufuhr: 4 Stiere, 4 Kühe, 4 Rinder. Verkauf: 4 Stiere zu 780 000 .A bis 1.5 Mill. M., 3 Kühe zu 1.150 bis 2.7 Mill. M., 4 Rinder zu 400 000 bis 1.3 Millionen Mark pro Stück.

Die Stuttgarter Frühjahrsmesse wird vom 23. bis 25. Mai abgehalten.

Redar-Goldanleihe. Mit der 5prozentigen Goldanleihe der Redar-Kanalisierungsgesellschaft in Stuttgart, zu deren Zeichnung nacheinander in unserem Anzeigenteil eingeladen wird, kommt die erste wertbeständige Anleihe eines württembergischen Unternehmens an den Markt. In besonders glücklicher Weise sind die Schuldschreibungen nicht auf Kohle, Roggen oder dergleichen, sondern auf den jeweiligen Wert des Dollars abgestellt, der, wie erst die letzten Erfahrungen wieder gezeigt haben, weitaus den größten Einfluß auf die Wertbeständigkeit und damit die Kaufkraft unseres Geldes hat. Diese Kaufkraft bleibt bei der Anlage in Redar-Goldanleihe dauernd erhalten. Die Schuldschreibungen lauten nämlich auf den Geldwert von 10%, 21, 42, 105 und 420 Goldmark, wobei 4,20 Goldmark = 1 Dollar gerechnet werden. Die Zeichner der Anleihe haben ihre Zahlungen in deutscher Reichswährung zu leisten, und zwar für je 4,20 Goldmark = 1 Dollar denjenigen Betrag, der dem letzten amtlichen Dollarkurs vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf 50 .A nach unten, entspricht. Ebenso bemessen sich die von der Gesellschaft bei der Verzinsung und Tilgung zu leistenden Zahlungen nach dem Geldwert des Dollars. Bei einem Kursstand des Dollars von 30 000 .A z. B. da der Zeichnungspreis der Anleihe nur 98% Prozent beträgt, das kleinste Stück der Anleihe (über 10% Goldmark) schon um 70 125 .A erworben werden. Würde der Dollarkurs bis zur Rückzahlung, die mit jährlich mindestens 1 Prozent des gesamten Anleihebetrags erfolgt, auf das Doppelte gestiegen sein, womit eine Entwertung der Papiermark auf die Hälfte verbunden wäre, so erhält der Zeichner 150 000 .A zurück, also mehr als das Doppelte des eingezahlten Betrags. Außerdem wird die Redar-Goldanleihe aber auch eine hohe, wertbeständige, gleichfalls dem Dollarkurs folgende Rente ab, was beim Ankauf von Dollars und sogenannten Sachwerten nicht der Fall ist. Im obigen Beispiel würden z. B. der Jahreszins aus den 70 125 .A nicht weniger als 7 500 .A, also über 10 Prozent betragen. Für Kapital und Zinsen der Anleihe haben das Deutsche Reich und die Länder Württemberg, Baden und Hessen die gesamtschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Schuldschreibungen sind daher mißloslicher. Zudem werden sie auf den Anlagen bei Redar-Kanalisierung und Weblingen dinglich sicherzustellen werden, den beiden ertragreichsten Kraftwerken der Redar-Kanalisierung, die Ende 1924, bezw. Mitte 1925 dem Betrieb übergeben werden können und eine Leistungsfähigkeit von zusammen über 60 Millionen Kilowattstunden haben werden. Die elektrische Energie ist im besten Sinne wertbeständig. Die Vollendung der Kraftwerke ist bekanntlich durch Verpflichtungen des Reichs, Württembergs und Badens gewährleistet. — Die erste Serie der Anleihe gelangt vom 7. bis 24. Mai bei den in der Zeichnungsaufforderung genannten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen zum Verkauf.

Zahnpasta selbst zu bereiten!

Zahnpasten bestehen aus einer Pulvermischung, welche mit Glycerin vermischt ist. Dieses entbehrliche Glycerin und die Metalltube verteuert die Pasta ungemein. Wenn Sie die nasse Zahnpaste in Dr. Vahr's Zahnpulver „Nr. 23“ eintauchen, so bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und nur 1/4 so teuer ist. Man verlange ausdrücklich: „Nr. 23“.

Stadt-Apothete H. Stephan.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, 6. Mai. 9 1/2 Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. 10 1/2 Uhr Kindergottesdienst. 1 Uhr Christenlehre (Söhne); Stadtpfarrer Reidel. 8 Uhr abends Bibelstunde: Derselbe.

Kath. Gottesdienst. Sonntag, 6. Mai. Vitsontag, 7 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Ant. 2 Uhr Andacht, hernach Mütterverein. Werktag: Montag und Mittwoch keine hl. Messe. An den übrigen Tagen 7 Uhr hl. Messe. Beicht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an. Sonntag früh, Werktag vor der hl. Messe. Kommunikation: Sonn- und Werktag bei den hl. Messen. Mittwoch 6 1/2 Uhr. Dienstag und Freitag abend 1/6 Uhr Mariandacht.

Notstandsrente.

Die Unterstützung an die Notstandsrentner wird am Montag den 7. Mai auf dem Weidamt in der Zeit zwischen 10 und 12 Uhr ausbezahlt. Stadtschultheißnamt.



Neckar-Goldanleihe

Zeichnungsaufforderung

auf

5%ige reichsmündelsichere Goldanleihe

(4,20 Goldmark = 1 Dollar)

der

Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart

zum Ausbau von Wasserkraftwerken am Neckar, unter gesamtschuldnerischer Bürgschaft des Deutschen Reichs sowie der Länder Württemberg, Baden und Hessen für Kapital und Zinsen, dringlich sicherzustellen auf den Grundstücken und Anlagen der Neckarwasserkraftwerke Neckarsulm und Wieblingen.

Im Auftrag und für Rechnung der Neckar-Aktiengesellschaft wird hiemit von der vorstehend beschriebenen Neckar-Goldanleihe ein Betrag im Geldwert von

einer Million Goldmark

zur öffentlichen Zeichnung unter folgenden Bedingungen aufgelegt:

1. Zeichnungen werden vom 7. bis 24. Mai 1923 bei den unterzeichneten Stellen und deren sämtlichen Niederlassungen während der bei jeder Stelle üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Anmeldescheine sind bei den Stellen kostenfrei zu haben. Früherer Zeichnungsschluß bleibt vorbehalten.
2. Die einzelnen Schuldverschreibungen lauten über den Geldwert von

10,5 Goldmark (= 2,5 Dollar),	42 Goldmark (= 10 Dollar),
21 Goldmark (= 5 Dollar),	105 Goldmark (= 25 Dollar),
420 Goldmark (= 100 Dollar).	
3. Die Zeichnung erfolgt zum Kurse von 93,50% unter Zugrundelegung des letztnotierten Berliner Briefkurses für Kabel New-York vor dem Zeichnungstag, abgerundet auf volle 50 Mk. nach unten. Eine Stückzinsenverrechnung findet nicht statt. Eine Börsenumsatzsteuer ist nicht zu entrichten. Teilschuldverschreibungen oder Schuldscheindarlehen der alten 5%igen Anleihe der Neckar-A.-G. von 1921 werden bis zur Höhe des Zeichnungspreises der Goldanleihe zum Kurs von 115% unter Verrechnung von Stückzinsen in Zahlung genommen.
4. Gezeichnete Stücke gelten als voll zugeteilt und sind sofort zu bezahlen.
5. Für die Zuteilung stehen gegebenenfalls weitere Beträge zur Verfügung.
6. Die Stücke werden mit möglichster Beschleunigung fertiggestellt und nach besonderer Bekanntmachung ausgehändigt werden.

Im Mai 1923.

Württembergische Vereinsbank.

Preussische Staatsbank (Seehandlung).	Paul Kapff.
Berliner Handels-Gesellschaft.	G. H. Keller's Söhne.
S. Bleichröder.	Gebrüder Rosenfeld.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.	Württembergische Notenbank.
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.	Verband württembergischer Bankiers.
Delbrück Schickler & Co.	Württembergische Girozentrale.
Deutsche Bank.	Centralkasse Württ. Genossenschaften e. G. m. b. H.
Direction der Disconto-Gesellschaft.	Landwirtschaftl. Genossenschafts-Zentralkasse e. G. m. b. H.
Dresdner Bank.	Handels- und Gewerbebank Heilbronn A.-G.
Hardy & Co. G. m. b. H.	Rümelinbank A.-G.
Mendelssohn & Co.	Rheinische Creditbank.
Mitteldeutsche Creditbank.	Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H.	Badische Girozentrale.
Doertendach & Co. G. m. b. H.	Hessische Girozentrale.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.	Bank für Thüringen vorm. B. M. Strupp Aktiengesellschaft.
Barmer Bank-Verein Minsberg, Fischer & Comp.	L. Behrens & Söhne. Deutsche Vereinsbank.
Essener Credit-Anstalt. Frankfurter Bank.	Simon Hirschland. Landesbank der Rheinprovinz.
A. Levy. Norddeutsche Bank in Hamburg.	A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
Lazard Speyer-Ellissen.	M. M. Warburg & Co.

Sitzung des Gemeinderats
am Dienstag, den 8. Mai 1923, nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Preise für Gas und elektr. Strom.
2. Ermäßigung des Milchpreises für Säuglinge.
3. Sonstiges.

Forstamt Wildbad.

Reifig-Verkauf.

Am Montag, den 7. Mai, nachm. 6 Uhr, kommen in der Reimbachbrauerei aus Staatswald Abt. Hehe Dohle, Stoffelsmih und Kellerloch 570 geschägte Nadelholzwellen zum Verkauf.

Café Schmid

am Kurplatz

wiedergeöffnet

Stockholz (geschrotet)

kauft jedes Quantum
Ludwig Knaupp.

Linden-Lichtspiele

Sonntag nachmittags 4 Uhr und abends 9 Uhr
Letzte Vorstellungen

Das Nacht-Telegramm

Sensations-Drama in 5 Akten

„Die goldene Brücke“

Schauspiel in 4 Akten

In allen Vorstellungen: Konzert.



Turnverein
Wildbad.

Am Samstag, den 12. Mai
abends 8 Uhr findet im
Vereinslokal „Alte Linde“
eine außerordentliche

General- Versammlung

statt.
Tagesordnung:
Beitragsserhöhung u. s. w.
Schriftliche Anträge zur
General-Versammlung sind
bis 10. Mai beim Vorstand
abzugeben.

Der Turnrat.

Fräulein

aus
guter
Familie

welches in Büroarbeiten
bewandert ist, auf hiesiges
Büro in Dauerstellung ge-
sucht. Angebote mit An-
gabe der selbsterhaltenen Tätigkeit
mit Zeugnisabschriften unter
W. 101 an die Exp. d. Bl.

Scherbendoktor!

ist der beste Porzellan- u. Glas-
kitt, selbst in kochendem Wasser
nicht lösbar.
Med.-Drog. A. & W. Schmit.



Fußballverein
Wildbad.

Vereinsfussball-
und Sportverein.

Heute abend
9 Uhr

Zusammenkunft der Spielleitung,

(betr. Gegner für Pfingsten).

Die Anwesenheit von Aus-
schuß-Mitgliedern ist hierbei
erwünscht.

Der 2. Vorsitzende.

Fußball-Abteilung.

Morgen Sonntag nachm.
ab 3 Uhr

Training.

Gesucht:

1 Zimmermädchen,
1 Serviermädchen
mit guten Zeugnissen.

Café Bechtle.



Alle Musik-
Instrumente
für Haus und
Orchester von
den einfachsten

Schüler- bis zu den feinsten
Künstler-Instrumenten, alles
Zubehör, Saiten usw. empf.
in reichster Auswahl

Musikhaus Curth

Großhandel und Einzelverkauf
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedleisch — Hofbrücke
Ankauf alter Geigen u. Celli

Persil bleibt Persil

in alter bewährter Güte!

geeignet für alle Arten von Wäsche.

Niemals lösel Nur
in Originalpackung!

Ohne Chlor! Wäscht
bleicht und desinfiziert.
Alleinige Hersteller: HENKEL & CO., DÜSSELDORF.

auch der alibewährten „HENKO“ (Henkels Wasch- und Bleich-Soda)